



Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-
Württemberg

📅 28.08.2019

SICHERHEIT

Präventionsprogramm „Sicher. Unterwegs. – Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum“



📷 © LKA Baden-Württemberg

Bis Ende Juli 2019 konnten in über 130 Veranstaltungen landesweit mehr als 3.100 Personen mit dem Präventionsprogramm ‚Sicher. Unterwegs. – Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum‘ erreicht werden. Für die aktuelle Kampagne konnte die amtierende Miss Germany und Polizeibeamtin Nadine Berneis als Präventionsbotschafterin gewonnen werden.

Innenminister Thomas Strobl: „Nach sechs Monaten können wir bilanzieren: Unser Präventionsprogramm wird von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen.“

„Die Sicherheit im öffentlichen Raum, die subjektive und die objektive Sicherheit, steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Hier haben wir schon viel erreicht – mit einem ganzen Maßnahmenbündel. Durch unsere

Präventionsarbeit wollen wir beides optimieren. Die objektive Sicherheitslage ist gut - gleichwohl sind viele Menschen besorgt. Seit sechs Monaten läuft unser Präventionsprogramm ‚Sicher. Unterwegs. – Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum‘. Die positive Resonanz zeigt: Die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg nehmen das Angebot rege in Anspruch. Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung, um die Sicherheit im öffentlichen Raum weiter zu optimieren. Wir setzen damit einerseits einen neuen Schwerpunkt unserer Polizeiarbeit bei der Bekämpfung von Sexualstraftaten. Andererseits stärken wir das Sicherheitsempfinden der Menschen“, fasste der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister **Thomas Strobl** zusammen. Bis einschließlich Juli 2019 konnten in über 130 Veranstaltungen landesweit mehr als 3.100 Personen mit diesem Präventionskonzept erreicht werden.

Polizeilicher Handlungsschwerpunkt

Die Polizei Baden-Württemberg hat für das Jahr 2019 einen Handlungsschwerpunkt auf die **Bekämpfung von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung** gelegt. Im Kern geht es bei dem seit Jahresbeginn laufenden Angebot darum, Frauen darüber zu informieren, wie sie sich wirksam gegen Gewalt im öffentlichen Raum wehren können und wie sie das Risiko, Opfer von Gewalt zu werden, möglichst verringern können – zum Beispiel durch Plakate mit Verhaltenstipps. „Ich bin mit der Nachfrage hoch zufrieden! Wir tun bereits viel, um Straftaten zu verhindern und erweitern mit ‚Sicher. Unterwegs.‘ unser Programm um einen weiteren, wichtigen Baustein“, so der Innenminister weiter.

Vor allem Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung stören das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Daher wurden die bereits bestehenden Informationsmaterialien im Februar vom **Landeskriminalamt Baden-Württemberg** um das Präventionsprogramm „Sicher. Unterwegs. – Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum“ ergänzt. „Wir setzen unsere Schwerpunkte dort, wo die objektive und die subjektive Sicherheit der Menschen in Mitleidenschaft gezogen ist. Deshalb müssen wir entschlossen mit allen Mitteln, ob präventiv oder repressiv, handeln“, so Minister Thomas Strobl.

Neues Faltblatt mit der amtierenden Miss Germany

Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg entwickelte zusätzlich ein Faltblatt zum Thema. Darauf zu sehen ist die amtierende Miss Germany und Polizeibeamtin des Landes Baden-Württemberg, Nadine Berneis, die zugleich Präventionsbotschafterin für dieses und andere Programme ist.

„Wir freuen uns, dass wir Nadine Berneis für diese Sache gewinnen konnten und sind uns sicher, dass wir mit ihrer Hilfe einen noch besseren Zugang gerade zur jüngeren Zielgruppe finden“, so der Präsident des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg, **Ralf Michelfelder**, zu dem Engagement von Nadine Berneis, die auch mit Interviews auf Instagram und Facebook für die Kampagne wirbt.

Weitere Informationen

[Faltblatt „Sicher. Unterwegs.“](#)

Die Sicherheit im öffentlichen Raum ist ein polizeilicher Handlungsschwerpunkt. Dies auch über die Grenzen der Länder hinweg.

Zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum haben sich die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland zusammengeschlossen. Auf Initiative Baden-Württembergs haben Innenminister Thomas Strobl, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, Hessens Innenminister Peter Beuth, der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz sowie der saarländische Innenminister Klaus Bouillon am 14. Juni 2019 die länderübergreifende Kooperationsvereinbarung zur Bekämpfung von Straftaten im öffentlichen Raum unterzeichnet.

Zudem setzt Baden-Württemberg auf maßgeschneiderte Maßnahmen, die, vor Ort lageangepasst und flexibel das Sicherheitsgefühl stärken sollen - unter anderem:

Sicherheitspartnerschaften mit den Kommunen

Das Innenministerium vereinbarte im März 2017 mit der **Stadt Freiburg** erstmals eine Sicherheitspartnerschaft. Seit Februar 2018 ist auch die **Stadt Heidelberg** Sicherheitspartner. Eine intensive Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden und Kommunen soll die Kriminalität und die Zahl der Ordnungsstörungen an Brennpunkten reduzieren und somit einer möglichen Verunsicherung in der Bevölkerung entgegenwirken. Die Partner verpflichten sich, konkrete Maßnahmen umzusetzen: So verstärken beispielsweise die Städte den kommunalen Ordnungsdienst oder verbessern das Beleuchtungskonzept. Die Polizei hingegen erhöht ihre Präsenz.

Sicherheitskonferenzen

Besteht vor Ort ein spezieller aktueller Anlass, der geeignet ist, die öffentliche Sicherheit zu stören, kann die Kommune im Einvernehmen mit dem zuständigen Polizeipräsidium gemeinsam zu einer „Lokalen Sicherheitskonferenz – für einen sicheren Alltag“ einladen. Die Kommunen und die Polizei können so der Bevölkerung die tatsächliche Lage und sämtliche Maßnahmen vorstellen. Das unterstreicht die Handlungskompetenz und -fähigkeit staatlicher Stellen und soll der negativen Entwicklung des Sicherheitsgefühls frühzeitig entgegenwirken.

Fahndungs- und Sicherheitstage

Die Polizeipräsidien führen gemeinsam mit dem Landeskriminalamt Fahndungs- und Sicherheitstage durch. Solche Aktionen haben das Ziel, Straftaten im öffentlichen Raum zu bekämpfen und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Bis zu 24 Stunden erfolgen hierbei Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen im urbanen Raum. Die Kontrollörtlichkeiten und -zeiten orientieren sich am Kriminalitätslagebild. Die Aktionstage sind erfolgreich und stoßen bei der Bevölkerung auf positive Resonanz